

Joachim Kalb
1. Vorsitzender
Wacholderich 7
95466 Weidenberg
Tel. 09209-856
joachim_kalb@yahoo.de

Aktuelle Infos auch unter www.fraenkischer-bund.de sowie www.wir-in-franken.de

Presseerklärung Fränkischer Bund e.V. zur Mitgliederversammlung am 7. Mai 2017 im Brauereigasthof Martin in 97453 Schonungen/Hausen (www.brauerei-martin.de)

Die diesjährige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Fränkischen Bundes e.V. – Verein für Franken – fand in Hausen bei Schonungen statt.

Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Joachim Kalb aus Weidenberg (Berufsschullehrer/Dipl.Ing.(FH) a.D.), zum 2. Vorsitzenden Otto Weger aus Dettelbach (Dipl.Ing.), zum Schriftführer Peter Purrucker aus Bayreuth (Berufsschullehrer /Dipl.Ing.(FH) a.D.) und zum Schatzmeister Karl Fick aus Kronach (Steuerberater).

Gedacht wurde dem verstorbenen Ehrenmitglied Norbert Gramlich aus Bayreuth und weiteren 9 Vereinsmitgliedern.

Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt und geehrt Adam Stöcklein aus Kronach (Zollbeamter a.D.) und Heribert M. Reusch aus Schonungen (Dipl.Ing.(FH) a.D.).

Weitere Ehrungen für 25-jährige und 10-jährige Mitgliedschaft im Anhang.

Der Fränkische Bund e.V. ist Mitglied im Bündnis gegen Rechts und weist bereits in seinem Aufnahmeantrag darauf hin, dass er keine Mitglieder radikaler Parteien aufnimmt.

Der neue 1. Vorsitzende analysierte die aktuelle Tagespolitik im „Vielvölkerstaat“ Bayern und stellte klare Forderungen an die Landtagsparteien und die Staatsregierung:

Hatten vornehmlich die Herren Beckstein und Hermann noch vor 10 Jahren versucht, unser Kultursymbol die Frankenfahne an öffentlichen Gebäuden zu verbieten, so ist der Frankenrechen mittlerweile flächendeckend im öffentlichen Raum etabliert. Ungewöhnlich rasant setzt sich auch der positive Trend Produkte, vor allem Lebensmittel aus der eigenen Region zu bevorzugen, durch. Und unsere Region ist nun mal unsere Kulturregion Franken, ein Landstrich zwischen Rennsteig und Donau, Fichtelgebirge und Odenwald! Und eben nicht Altbayern, das vor allem durch eine extrem hohe Lebensmittelskandaldichte (z.B. Bayern-Ei) auffällt.

Ein überparteilicher Verein für Franken wie der Fränkische Bund e.V. ist gerade in der heutigen Zeit, in der die Parteien oft nicht mehr in der Lage sind, Fehlentscheidungen etwa in der Landespolitik zu erkennen, aufzugreifen und gegenzusteuern, wichtig. So etwa hört man kaum Protest von den fränkischen CSU-Abgeordneten sowie von der Landtagsopposition, wenn unsere gegenwärtige „Energiewendeverhinderungsministerin“ Aigner dieser Tage stolz verkündete, dass das Ansiedlungsprogramm „Invest in Bavaria“ 2500 Arbeitsplätze geschaffen hat und ganz Bayern davon profitiert – sage und schreibe waren 2/3 davon in Oberbayern und das nicht erst seit 2016, sondern schon seit über 10 Jahren sind die Zahlen ähnlich. Also, jede Menge neue Arbeitsplätze in München mit der Folge, dass die Infrastruktur und der Wohnungsmarkt vor dem Kollaps stehen, obwohl hohe Milliardenbeträge in U- und S-Bahnbau fließen, die in hoch verschuldeten fränkischen Städten fehlen. Wir vermissen die Rücktrittsforderungen aus dem Parlament für diese völlig abwegige Strukturpolitik.

Seit seiner Gründung 1990 setzt sich der Fränkische Bund e.V. auch gegen die Arroganz und Ignoranz der Bayerischen Rundfunkprogrammgestaltung, insbesondere was die Unterhaltungssendungen betrifft, ein. Im letzten Jahr hat der Verein einen detaillierten Nachweis im Namen von 1500 Bürgern dem BR-Intendanten vorgelegt. Obwohl das Rundfunkgesetz hier eindeutig vorschreibt, dass die Regionen in Bayern gleich zu behandeln sind, wurde bis heute mit üblen Geschäftsordnungstrixereien verhindert, dass diese unsere Eingabe dem Rundfunkrat vorgelegt wurde. Auch hier vermissen wir die Unterstützung der Parlamentarier z.B. aus der SPD, die vor wenigen Jahren selbst einen ähnlichen Antrag erfolglos eingebracht hat. Wenn so mit fundierten Eingaben von Bürgern umgegangen wird, ist darüber zu diskutieren, wozu wir uns überhaupt einen teuren Rundfunkrat leisten. Kein Mensch vermisst heute mehr den ehemaligen hochdotierten Bayerischen Senat, der kurzerhand schnell wegen Uneffektivität durch ein Volksbegehren rückstandslos entsorgt wurde. J.K.

